

KOMPAKT

Nachrichten, Glosse, Leserecho

Mehr als 200 Studierende starten Hebammenstudium

Düsseldorf. Mehr als 200 Studienanfängerinnen starten in diesem Herbst in ein Hebammen-Studium – so viele wie noch nie zuvor in NRW. Im Zuge der Akademisierung des Berufs beginnen zum Wintersemester 2021/22 gleich vier neue Studiengänge für Angewandte Hebammenwissenschaft, wie das Wissenschaftsministerium mitteilte. So wird an der Medizinischen Fakultät der Universität zu Köln, der Katholischen Hochschule zu Köln, der Hochschule Niederrhein und der Fachhochschule Bielefeld der Studiengang neu eingeführt. Die Hochschule für Gesundheit in Bochum, die einst den ersten Hebammenstudiengang in NRW hatte, bietet den Studienstart für einen etwas angepassten Bachelor-Studiengang Hebammenwissenschaft nun zum Winter- und zum Sommersemester an und hat die Zahl der Plätze aufgestockt. In einem Jahr sollen dann auch Hebammen-Studiengänge in Aachen, Bonn und Münster an den Start gehen. *dpa*

Wahlleiter: Briefe bis Mittwoch abschicken

Düsseldorf. Briefwähler sollten den Stimmzettel für die Bundestagswahl spätestens am Mittwoch abschicken. „Innerhalb Deutschlands wird der Wahlbrief der Heimatgemeinde dann noch rechtzeitig zugestellt“, sagte Landeswahlleiter Wolfgang Schellen am Montag. Wähler und Wählerinnen seien selbst für den rechtzeitigen Eingang verantwortlich. Wer die Unterlagen bis dahin nicht abgeschickt hat, kann sie bis Sonntag, 18 Uhr, auch direkt beim Wahlamt am Wohnort abgeben. *dpa*

ZAHL DES TAGES

61 Prozent der rund 22,2 Millionen Katholiken in Deutschland sind dafür, dass Papst Franziskus den Kölner Kardinal Rainer Woelki sofort abberuft – so eine von der „Bild“-Zeitung in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage. Kardinal Woelki steht wegen des Umgangs mit der Aufklärung von sexuellem Missbrauch in seinem Bistum seit gut einem Jahr in der Kritik.

GLOSSE

Wartezeit

Wer derzeit ein Haus renovieren oder ein Auto bauen möchte, kennt das Problem: Es gibt gar keine Teile. Man weiß gar nicht, wo all die Bauteile und Werkstoffe geblieben sind. Schließlich arbeiten die Fabriken weltweit auf Hochtouren, Flugzeuge fliegen wieder, und die Verstopfung im Suez-Kanal ist ja auch längst bereinigt. Doch alle Probleme mit fehlenden Bauteilen sind nichts im Vergleich zu den Problemen von Fahrradfahrern: Sie brauchen eine frische Kette? Ein blitzblankes Ritzelpaket? Oder endlich mal einen

nigelnagelneuen Reifen? Dann warten Sie mal schön! Und selbst wer das Glück hatte, schon bestellt zu haben, kann seine Wartezeit oft eher in Monaten denn in Wochen messen. Also bleibt der geschundene Drahtesel zwangsläufig stehen. Ich hab mir jetzt ja was Gebrauchtes gekauft. 30 Jahre und älter. Wo? Na, ganz einfach: im Kleinanzeigen-Portal. Probleme mit Ersatzteilen hab ich seitdem auch nicht mehr. Die gibt's da wie Sand am Meer. Sogar neu. Jetzt warte ich nur auf einen Werkstatttermin – seit Wochen. *O.W.*

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Notwendiges Übel

Urlaub zu Hause bleibt beliebt. Steigende Mieten, steigende Nebenkosten wie Energie- und Strompreise – da ist es nicht beliebt, in Deutschland Urlaub zu machen, sondern ein notwendiges Übel, weil schlicht und einfach die Haushaltskasse zusehend leerer wird. Tendenz steigend. Wenn die Kosten so weiter steigen, werden etliche bald gar keinen Erholungsurlaub mehr machen können. **Waldemar Sedlbauer,** E-Mail

Bildung als Schlüssel

Wege aus der Kinderarmut. Diese bekämpft man nicht, indem man Kinderreichtum durch Geldzahlungen belohnt. Der Arbeitslohn der Eltern sollte den Familienunterhalt ermöglichen. Losgelöst vom Elternhaus ist Bildung für Kinder der Schlüssel zum erfolgreichen Erwachsenenleben; zu erreichen durch Halbierung der Klassenstärke, kostenloses Mittagessen und Betreuung im sozialen Bereich. **Barbara Böckenhüser,** E-Mail

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an: meinungsforum@waz.de (Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.)

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Gründungs-herausgeber: Erich Brost und Jakob Funke

Chefredakteur: Andreas Tyrock. Stellvertreter: Dr. Alexander Marinos. Chefredakteurin Digital & Entwicklung: Dr. Anne Krum. Stellvertreter: Michael Krechting.

Desk/Politik: Lutz Heuken (Leitender Redakteur), Torsten Droop (Stellv. Desk). Chef vom Dienst Lokales: Heinz-Dieter Schäfer. Wirtschaft: Stefan Schulte. Rhein-Ruhr: Frank Preuß. Sport: Peter Müller. Kultur: Jens Dirksen. Wochenende: Marc Oliver Hänig. Düsseldorf: Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann. Redaktion/Reporter: Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Mader, Ute Schwarzwald, Hubert Wolf (Rhein-Ruhr), Michael Kohlstadt, Stephanie Weltmann (Politik), Christopher Onkelbach (Politik/Wissenschaft), Frank Meßling, Ulf Meinke (Wirtschaft), Lars Ludwig von der Gönna, Britta Heidemann (Kultur), Georg Howahl, Marc Podgornik, Maren Schürmann (Wochenende). Produktion: FUNKE Redaktions Services; Oliver Muthaupt (Ltg.), Daniel Kamphaus (Chef vom Dienst). Technik: Andreas Mägen. Mediacamplus WAZ: Raulfeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Linke-Ufer 42/43, 10999 Berlin.

Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der FUNKE Zentralredaktion Berlin: Jörg Quoos (Chefredakteur), Jochen Guggel (Stellv.). Online: Carsten Erdmann (Chefredakteur), Laura Himmelreich (Stellv.). Anschrift der Redaktion: Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Internet: waz.de; E-Mail: zentralredaktion@waz.de.

Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbeilagen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 46, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP), Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Tageszeitung.

Anzeigen: FUNKE Services GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; E-Mail: vermarktung@funkemedien.de. Vertrieb: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen.

Vertrieb/Leserservice: Tel. 0800 6060710*, Fax 0800 6060750* (*kostenlose Servicenummer). E-Mail: leserservice@waz.de.

Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE

Verlag: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen, Telefon 0201 8040, Fax 0201 804-2841. Briefanschrift: 45123 Essen.

Geschäftsführer: Andrea Glock, Simone Kasik, Thomas Klob, Christoph Rühl

Druck: FUNKE NRW Druckzentrum GmbH, Hoheneyburgstr.67, 58099 Hagen

Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet

„2G“-Regel rückt näher

Die NRW-Landesregierung erwägt härtere Corona-Regeln für den Fall einer „Pandemie der Ungeimpften“ in diesem Herbst

Düsseldorf. Der Städtetag NRW fordert schon lange, nur noch Geimpfte und Genesene und nicht mehr auf das Coronavirus getestete Bürger „im Freizeitbereich“ zuzulassen. Weil die Furcht vor einer „Pandemie der Ungeimpften“ zunimmt, schließen sich immer mehr Politiker dem Ruf nach einer solchen „2G-Regelung“, zum Beispiel für Restaurant- und Kinobesuche oder sogar für den Arbeitsplatz an. Die Landesregierung will aber abwarten, wie sich die Infektionszahlen entwickeln. Ein Überblick:

Die Regierung: Kreise und Städte könnten schon heute – in Rücksprache mit Gesundheitsministerium – strengere Regeln als die der Corona-Schutzverordnung erlassen, heißt es in diesem Ministerium. Auch hätten private Veranstalter stets die Möglichkeit, in ihrer Verantwortung den Zugang zu beschränken, etwa durch „2G“. Anders als in Hamburg seien mit „2G“ hierzulande aber keine Erleichterungen bei den Schutzmaßnahmen, zum Beispiel bei Abstandsregeln, verbunden. Die Regierung betont, dass „2G“ nicht auf Kinder und Jugendliche angewendet werden könne, dass aber ausgerechnet in dieser Gruppe hohe Inzidenzen vorliegen.

„Wer sich nicht impfen lassen will, muss Nachteile durch die 2G-Regel in Kauf nehmen.“

Thomas Huster, Professor für Öffentliches Recht an der Ruhr-Uni Bochum

NRW wagt keine Prognose, ob eine neue Corona-Schutzverordnung strengere Regeln vorsehen könnte. Die alte endet am 8. Oktober. Dass „2G“ wahrscheinlicher wird, lassen Sätze wie diese erahnen: „Nach allen Prognosen stehen nicht geimpften Menschen im Herbst besondere Gefährdungen bevor. Wenn wir dann die von vielen vorhergesagte ‚Pandemie der Ungeimpften‘ bekommen, können für diese Personen neue Schutzmaßnahmen erforderlich werden.“ Ein harter Lockdown gegenüber Genesenen und Geimpften erscheine derzeit weder geboten noch durchsetzbar.

Die Opposition: Man müsse jetzt alles tun, um die Impfquote zu erhöhen, meint NRW-SPD-Chef Thomas Kutschaty. Mit der „2G-Regel“ bei privaten Veranstaltungen gebe es dafür einen zusätzlichen Anreiz. Sie sei „ein wichtiger Beitrag, um die Gesundheit der Menschen zu schützen und gleichzeitig das sozia-



Hier gilt „2G“: Eine Restaurantmitarbeiterin mit der Information für Gäste, dass nur Geimpfte und Genesene Zutritt haben. FOTO: GETTY, S5STOCK/M.-L. LÜBNER

le und wirtschaftliche Leben aufrechtzuerhalten.“ Kutschaty schränkt aber ein: „Niemand kann dazu gezwungen werden, sich impfen zu lassen. Deshalb müssen auch Ungeimpfte weiter die Möglichkeit haben, durch einen negativen Test am gesellschaftlichen Alltag im öffentlichen Raum teilzunehmen.“ Felix Banaszak, Grünen-Landesvorsitzender, ist der Ansicht, die 2G-Regel erhöhe den Infektionsschutz in Innenräumen und gebe Veranstaltern Planungssicherheit.

Der Grundrechtsexperte: „Wer sich nicht gegen Corona impfen lassen will, muss Nachteile durch die 2G-Regel in Kauf nehmen“, sagt der Grundrechtsexperte Prof. Stefan Huster. Die Landesregierung könne im Rahmen einer Corona-Verordnung die 2G-Regelung landesweit

erlassen, wenn sie zugleich deutlich mache, dass dadurch das Infektionsrisiko bei Veranstaltungen und in Betrieben gemindert werde. Supermärkte, Busse und Bahnen oder auch der Arbeitsplatz müssten jedoch für Ungeimpfte zugänglich bleiben. „Aber dann müssten diejenigen, die sich nicht impfen lassen wollen, im Betrieb die Tests auch selbst bezahlen“, betont der Professor für Öffentliches Recht an der Ruhr-Uni Bochum. „Das finde ich absolut zumutbar, denn es ist nicht einzusehen, dass die Solidargemeinschaft für sie die Tests bezahlt.“ Eine unzulässige Diskriminierung kann Huster darin nicht erkennen. „Es ist ja der Sinn des Infektionsschutzrechtes, diejenigen anders zu behandeln, von denen eine potenzielle Gefahr ausgeht.“

Das sei „ganz und gar angemessen“. Zumal sich das Problem durch eine Impfung leicht beseitigen lasse.

Die Arbeitgeber: Aus Sicht der Wirtschaft ist eine generelle Verschärfung der Auflagen für Ungeimpfte derzeit nicht erforderlich. „Solange keine Überlastung des Gesundheitssystems eintritt, sind keine zusätzlichen Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens angezeigt“, sagte Johannes Pöttering, Hauptgeschäftsführer der NRW-Unternehmerverbände (Unternehmer NRW), dieser Redaktion. Gegen freiwillige „2G“-Modelle für Betriebe mit Publikumsverkehr sei indes nichts einzuwenden. Ziel müsse es sein, erneute Schließungen zu verhindern. Von einer allgemeinen Impfpflicht hält Pöttering nichts. „Klar ist aber auch, dass jene, die sich nicht impfen lassen wollen, auf Dauer Einschränkungen bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben werden“, sagte er. Das gelte auch für den Arbeitsplatz.

Der Gewerkschaftsbund: Anja Weber, NRW-Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), betont: „Impfen ist eine Frage der Solidarität, zum Beispiel gegenüber Kindern, die aktuell die größten Einschränkungen ertragen.“ In Publikumseinrichtungen wie Restaurants oder Kinos eröffne „2G“ den Betreibern die Möglichkeit, Auflagen zu reduzieren und die Sicherheit zu erhöhen. „Solange diese Regelungen auf Freiwilligkeit beruhen und arbeitsrechtliche Konsequenzen für die Beschäftigten ausgeschlossen sind, ist dagegen nichts einzuwenden.“ „Eine generelle 2G-Regelung für alle Betriebe lehnen wir ab“, stellte Weber klar. Denkbar sei aber ein „3G“-Modell, bei dem Beschäftigte nachweisen, dass sie geimpft, genesen oder getestet sind. „So können Beschäftigte optimal vor der Pandemie geschützt werden, ohne dass in ihre Grundrechte unverhältnismäßig eingegriffen wird.“ *cho/mk/mko*

Industrie fordert Klarheit

■ **Die Industrie- und Handelskammern** in Nordrhein-Westfalen sprechen sich für klare und bundesweit einheitliche 2G- oder 3G-Regelungen aus. „Dafür sollten alle Betriebe Sicherheit hinsichtlich arbeitsrechtlicher Vorgaben, Impfauskünften und AHA-Regeln erhalten“, sagte eine IHK-NRW-Sprecherin. **Einen weiteren Shutdown** könnten sich viele Unternehmen nicht leisten.

Grüne befürchten Eskalation um Lützerath

Dorf am Rand des Braunkohlreviers soll Tagebau weichen. Fragen an die Landesregierung

Düsseldorf. Die Grünen im Landtag warnen vor einer möglichen Eskalation im Braunkohlrevier um das Dorf Lützerath. Die Fraktion beantragte einen schriftlichen Bericht der CDU/FDP-Landesregierung für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 29. September. Lützerath bei Erkelenz solle nach den Planungen des Energieunternehmens RWE bis Ende 2022 dem Tagebau Garzweiler weichen, so die Grünen. Anders als für fünf weitere Dörfer gelte für Lützerath der von der Landesregierung festgelegte Aufschub bis zum Jahr 2026 nicht. Damit das Jahr 2022 gehalten

werden kann, müsste laut Grünen in der ab dem 1. Oktober beginnenden Rodungsperiode der Baumbestand gerodet werden. Es gebe aber „Besetzungen von Bäumen“. Gleichzeitig laufe ein Klageverfahren des letzten Bewohners von Lützerath gegen seine Enteignung. Braunkohlegegner und Klimaschützer hatten Mitte August entschieden Protest gegen einen weiteren Abriss von Häusern und Baumfällaktionen am Tagebau Garzweiler angekündigt. „Die Landesregierung muss verhindern, dass Lützerath zum neuen Symbol für die Eskalation im Konflikt um die



Gegen Garzweiler werden neue Proteste erwartet. HEIDRICH/FFS

Braunkohle wird“, sagte Wibke Brems, energiepolitische Sprecherin der Grünen. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) müsse dafür sorgen, „dass nicht wieder Tausende Polizeibeamtinnen und -beamte

in einen sinnlosen und möglicherweise gefährlichen Einsatz geschickt werden, wie vor drei Jahren im Hambacher Wald.“ Das Verwaltungsgericht Köln hatte kürzlich entschieden, die Räumung der Baumhäuser dort im Herbst 2018 sei rechtswidrig gewesen. Von der Landesregierung wollen die Grünen unter anderem Antworten darauf, welche Informationen sie über „Besetzungsstrukturen“ in der Ortschaft Lützerath habe. Die Fraktion will auch wissen, welche Informationen die Regierung über Planungen von RWE habe, den Baumbestand zu beseitigen. *dpa*